# Freiwillig oder erzwungen – der unaufhaltsame Weg in die Postwachstumsökonomie

Alle Versuche, die spätmoderne Existenzform technologisch von Naturverbräuchen zu entkoppeln, sind gescheitert. Folglich lässt sich die ökologische Überlebensfähigkeit nur durch einen Rückbau unrealistischer Wohlstandsansprüche wiedererlangen, was auf eine Postwachstumsökonomie verweist. Diese sei nicht mehrheitsfähig, lautet ein oft erhobener Einwand, der aber übersieht, dass sich das aus Substanzverzehr speisende Industrie- und Konsummodell auch ökonomisch längst als unhaltbar erweist.

Verzweifelte Verschuldungsexzesse, ein Digitalisierungswahn und die rücksichtslose Vereinnahmung letzter Naturgüter sollen retten, was nicht zu retten ist, und gleichen dabei einer Konkursverschleppung.

Absehbar werden physische Grenzen eine Wende zum Weniger erzwingen.

Je umfänglicher in Politik, Wirtschaft, Bildung und Lebenspraxis strukturell darauf hingewirkt und rechtzeitig eingeübt wird, unabhängiger von Konsum, Verkehr, Technologie und globalen Verflechtungen zu existieren, desto leichter lässt sich der unaufhaltsame Reduktionsprozess meistern. Hierzu bedarf es stark verkleinerter Industriekapazitäten, die mit ergänzender Subsistenz kombiniert werden. Letztere umfasst (1) die eigene Herstellung von Gütern oder eine aktive Mitwirkung daran, (2) die gemeinschaftliche Nutzung von Gütern sowie (3) die Nutzungsdauerverlängerung durch achtsamen Gebrauch, Instandhaltung und insbesondere Reparatur. So würde eine moderne Versorgung mit weniger Produktion und Kaufkraft ermöglicht, denn eine verdoppelte Nutzungsdauer oder -intensität spart nicht nur Ressourcen, sondern das, was zukünftig ebenso knapp sein wird, nämlich Geld. Derartige Aktivitäten sind zeitintensiv und würden deshalb mit einer 20-Stunden-Woche harmonieren, die ohnehin unabdingbar wäre, um Arbeitslosigkeit infolge des Rückbaus zu vermeiden. Es entstünde eine neue Balance zwischen weniger Einkommen und mehr kreativer Selbstversorgung.

> *„Absehbar werden physische Grenzen eine Wende zum Weniger erzwingen."*

Zudem wäre eine agile, tendenziell handwerklich orientierte Regionalökonomie nötig, mit Geschäftsfeldern basierend auf Bestandserhalt und Nutzungsdauerverlängerung, ökologischer und solidarischer Landwirtschaft sowie Energiegenossenschaften. Die verbliebene Restindustrie würde einen ökologisch verantwortbaren Güterbestand erhalten, indem durch stetig verbesserte Varianten nur ersetzt wird, was nach Ausschöpfung aller nutzungsdauerverlängernden Maßnahmen nicht erhalten werden kann. Das Leben in einer Postwachstumsökonomie wäre genügsamer, aber krisenstabil und entspannt: All you need is less!

https://doi.org/10.46499/2784.4018

Apl. Prof. Dr. **Niko Paech** ist als außerplanmäßiger Professor an der Universität Siegen im Bereich Plurale Ökonomik tätig. Als Volks- und Betriebswirt widmet er sich unter anderem der Nachhaltigkeitsforschung und hat das Konzept der Postwachstumsökonomie entwickelt.

# Verteilungsfragen werden durch Degrowth drastisch verschärft

Vorschläge für eine gezielte Begrenzung des Wirtschaftswachstums, oder gar dessen Umkehr zu einem gewollten Schrumpfen der Wirtschaft, werden bisher vor allem unter dem Gesichtspunkt des Wohlstandsverlustes diskutiert. Das ist auch nachvollziehbar: Degrowth würde zu erheblichen Verteilungskonflikten führen und auch die staatlichen sozialen Sicherungssysteme unter finanziellen Druck setzen. Verteilungsfragen, die bisher immer auch durch ein Wachstum der Verteilungsmasse gelöst wurden, würden durch Degrowth drastisch verschärft.

Hier soll aber einmal eine andere Perspektive eingenommen werden und die Frage diskutiert werden, welche Auswirkungen jenseits der direkten Einkommenseffekte von einer Degrowth-Strategie ausgehen. Hierzu ist es sinnvoll, kurz zu überlegen, wo Wirtschaftswachstum eigentlich herkommt.

Die wesentliche, zentrale Erkenntnis der Wachstumstheorie ist, dass langfristig steigende Pro-Kopf-Einkommen nicht das Resultat eines wachsenden Kapitalstocks sind, sondern einer steigenden Produktivität aller Produktionsfaktoren. Wie kommt es aber dazu? Nur durch technischen Fortschritt, also durch einen größer werdenden Wissensbestand.

Wenn dies geklärt ist, dann lohnt sich ein Blick auf die Ursachen des technischen Fortschritts. Der Wirtschaftshistoriker Joel Mokyr hat genau diese untersucht. Sein zentrales Resultat ist, dass eine Kultur der Aufklärung wesentlich das Wachstumswunder ermöglicht hat, das in der westlichen Welt historisch zu beobachten war. Damit ist eine Kultur gemeint, in der nützliches Wissen nicht nur produziert, sondern auch von unternehmungsfreudigen Marktteilnehmern ausprobiert wurde.

Man kann diese Aussage auch umdrehen: Wenn wir eine Kultur der Wissenschaftsfreiheit und der unternehmerischen Freiheit pflegen, also Rahmenbedingungen haben, in denen Menschen die Freiheit haben, sich selbst und ihre Ideen selbstbestimmt auszuprobieren, dann wird daraus Wachstum folgen. Ein Regime des Degrowth wird eine solche Kultur nicht zulassen können; es muss die Wissensproduktion und -verwertung zentral verwalten.

Damit gefährdet die Degrowth-Idee aber zwingend eine der wichtigsten Säulen freiheitlicher Gesellschaften. Wer Wachstum begrenzen will, muss nicht nur physische Ressourcen viel stärker zentral verwalten, als wir dies aus Marktwirtschaften kennen. Der planerische Durchgriff müsste vielmehr auch ganz grundsätzliche liberale Rechte betreffen. Nicht nur Wohlstand, auch individuelle Freiheit ist ein Opfer des erzwungenen Wachstumsverzichts.

*„Degrowth würde zu erheblichen Verteilungskonflikten führen."*

https://doi.org/10.46499/2784.4019

Prof. Dr. **Jan Schnellenbach** ist Inhaber des Lehrstuhls für Volkswirtschaftslehre, insb. Mikroökonomik an der Brandenburgischen Technischen Universität. Seine Forschungsschwerpunkte sind öffentliche Finanzen, die ökonomische Theorie der Politik und die wirtschaftspolitischen Implikationen der Verhaltensökonomik.